

ZIEL 3: GESUNDHEIT UND WOHLERGEHEN

*Dr. Eckart von Hirschhausen, Arzt, Wissenschaftsjournalist und Gründer der Stiftung
Gesunde Erde – Gesunde Menschen*

Liebe Leserinnen, liebe Leser,
gesunde Ernährung ist die Grundlage für unser Wohlergehen. Das gilt für alle Menschen – egal ob in Deutschland, den USA, Bangladesch oder Uganda. Wir leben in einer paradoxen Zeit: Obwohl wir weltweit genug Nahrung produzieren, um alle Menschen zu ernähren, steigt die Zahl der Hungernen wieder an. Der Welthunger-Index 2024 zeigt, dass sich rund 2,8 Milliarden Menschen keine gesunde Ernährung leisten können. Doch auch dort, wo Nahrung im Überfluss vorhanden ist, bedeutet das nicht automatisch Gesundheit: Weltweit leiden immer mehr Menschen an ernährungsbedingten Krankheiten. In Deutschland haben mittlerweile 8,7 Millionen Menschen Typ-2-Diabetes und 17 Millionen Menschen sind adipös – mit allen Folgen für Lebensqualität, Gesundheitssystem und Gesellschaft.

Dabei ist unsere Ernährung nicht nur ungesund für uns, sondern auch für den Planeten. Das globale Agrar- und Ernährungssystem verursacht bis zu einem Drittel der globalen Treibhausgasemissionen und gilt als Haupttreiber des Biodiversitätsverlusts. Landwirtinnen und Landwirte spüren die Folgen schon jetzt – Hitzewellen, Dürren und Starkregen bedrohen ihre Lebensgrundlagen in Deutschland, aber vor allem in einkommensschwachen Ländern des Globalen Südens.



Dr. Eckart von Hirschhausen bei einer Baumpflanzaktion in Ruanda
(Foto: © Stiftung Gesunde Erde Gesunde Menschen gGmbH)

Genug, gesund, global gerecht

Mit dem Projekt „Genug, gesund, global gerecht“ meiner Stiftung *Gesunde Erde – Gesunde Menschen* wollen wir zeigen: Der Teller ist groß genug für alle – wenn wir gerecht teilen. Eine Transformation des Agrar- und Ernährungssystems wird herausfordernd, birgt aber enormes Potenzial für wirtschaftliche und politische Stabilität und bessere planetare Gesundheit.

Worauf schauen wir im Supermarktregal zuerst? Den Preis! Doch nichts von dem, was wir dort kaufen, ist dort gewachsen. Der wahre Preis unserer Ernährung ist leider häufig gesunde Lebenszeit und eine intakte Natur. Welchen Preis wir alle zahlen, hat Greenpeace Deutschland in einer Studie veröffentlicht. Ein paar Beispiele: Bei

der Erzeugung von Fleisch entstehen in Deutschland Kosten durch Umwelt- und Klimaschäden in Höhe von rund 21 Milliarden Euro pro Jahr. Im Gesundheitsbereich sind es knapp 16 Milliarden Euro durch den übermäßigen Konsum von rotem Fleisch, Schinken und Wurst. Diese externen Kosten lassen wir momentan komplett außer Acht. Auch was die Natur für uns leistet, vergessen wir häufig. Wüssten Sie beispielsweise, was ein Glas Honig kosten würde, wenn Bienen den Mindestlohn bekämen? Über 300.000 Euro!

Global ist hier!

Was der Klimawandel für Menschen im Globalen Süden ganz konkret bedeutet, habe ich letztes Jahr in Ruanda erfahren. Gemeinsam mit drei jungen Menschen aus der Jungen Union, den

Jusos und der Grünen Jugend sind wir dorthin gereist, um vor Ort zu lernen, wie die Menschen mit den Folgen der Klimakrise umgehen und was Entwicklungszusammenarbeit vor Ort leistet. Im hügeligen Norden des Landes sprachen wir mit Bäuerinnen und Bauern, die Tee anbauen – einer der Exportschlager des Landes. Die Klimakrise verstärkt auch dort Extremwetterereignisse wie Starkregen und Hitzewellen. 2018 haben heftige Fluten und Erdrutsche ganze Dörfer weggespült und die Ernten gleich mit. Gleichzeitig führen langanhaltende Dürreperioden zu hohen Ernteverlusten. Aber die Menschen finden Lösungen: Im Green Gicumbi-Projekt – das mit deutschen Entwicklungsgeldern unterstützt wird – wurden klimaresistente Bäume gepflanzt, die vor Erdrutschen schützen.

Die Teeplantagen wurden in höhere Lagen verlegt und die neuen Bewässerungsgräben können Wasser länger speichern und im Falle von Starkregen gezielt ableiten. Das ist gelebte Klimaanpassung – davon können wir in Deutschland viel lernen. Aber was machen wir?

Wir kürzen ausgerechnet dort, wo Hilfe am dringendsten gebraucht wird – bei der Entwicklungszusammenarbeit.

Der Blick über den Tellerrand lohnt sich!

Im Koalitionsvertrag wurde bereits angekündigt, dass weniger Geld für Entwicklungszusammenarbeit vorgesehen ist. 2024 wurden die Mittel bereits um 900 Millionen Euro gekürzt und im aktuellen Haushaltsentwurf für 2025 sind weitere Einsparungen geplant. Das ist das falsche Signal in einer Zeit, in der wir eigentlich mehr globale Zusammenarbeit bräuchten als weniger. Trump, Musk, Putin sind egoistische Männer, die ihr eigenes Wohlergehen vor das aller anderen stellen. Die österreichische Schriftstellerin Marie von Ebner-Eschenbach hat solche Menschen schon im 19. Jahrhundert treffend beschrieben: „Man kann nicht allen helfen! sagt der Engherzige und hilft – keinem“.

Ich hoffe, Friedrich Merz erkennt, dass Entwicklungszusammenarbeit nicht nur moralisch richtig, sondern auch wirtschaftlich und politisch klug ist. Gera-

de als Exportnation und historischer Hauptverursacher von Treibhausgasemissionen ist es in unserem Interesse, gute Beziehungen mit aufstrebenden Ländern des Globalen Südens zu haben. Ich habe vieles in Ruanda gelernt. Aber vor allem: Uns geht es erst gut, wenn es allen gut geht.

Eckart von Hirschhausen

Anmerkung der Redaktion:

Dr. Eckart von Hirschhausen, 1967 in Frankfurt am Main geboren, ist Arzt, Wissenschaftsjournalist und Gründer der Stiftung Gesunde Erde – Gesunde Menschen. Sie mobilisiert Gesundheitswesen, Politik und Gesellschaft für das Thema Planetare Gesundheit – damit dem Schutz unserer Lebensgrundlagen und einer enkeltauglichen Zukunft oberste Priorität eingeräumt wird.

Hier geht es zur Website der Stiftung:
<https://stiftung-gegm.de>



AKTUELLES

Neues von der BUKO Pharma-Kampagne

Konferenz zu Arzneimitteln als Umweltproblem

Am 9. Oktober 2025 widmet sich die BUKO Pharma-Kampagne in der Jugendherberge Bielefeld unter dem Titel „Kleine Pillen, große Wirkung“ einem drängenden, aber öffentlich noch wenig beachteten Problem. Arzneimittel sind weltweit wichtig, um das Menschenrecht auf Gesundheit einzulösen – doch haben sie auch ihre ökologischen Schattenseiten. Von der Entwicklung, Produktion, Verabreichung bis hin zur Ausscheidung können Medikamente negative Auswirkungen für Mensch und Umwelt haben. Dabei geht es nicht nur um Antibiotika, sondern zum Beispiel auch um Präparate gegen Diabetes oder Schmerzmittel. Der Klimawandel verschärft die heutigen Herausforderungen.

Auf der Veranstaltung werden Interessierte und Engagierte auf die aktuellen Herausforderungen bei dem Problemkomplex blicken: Wo bestehen gravierende Probleme? Wie lässt sich mehr politische Dynamik hierzulande erzielen? Diese und weitere Fragen werden in Vorträgen und im gemeinsamen Austausch diskutiert.

Die Teilnahme ist kostenlos, eine Anmeldung allerdings erforderlich. Nähere Projektinformationen finden Sie unter folgendem Link:

<https://bukopharma.de/themen/arzneimittel-und-umwelt/>

Straßentheater und Fachbroschüre zu nicht übertragbaren Krankheiten

Die sogenannte „stille Epidemie“ der nicht übertragbaren Erkrankungen (NCDs) gewinnt weltweit an Bedeutung. Mehr und mehr Menschen sind von Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Krebs, Diabetes und chronischen Atemwegserkrankungen betroffen – besonders im Globalen Süden. Insgesamt entfallen mittlerweile ca. 80 Prozent der NCD-bedingten Todesfälle auf Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen. Gleichzeitig ist dort der Zugang zur Gesundheitsversorgung oftmals unzureichend und stellt viele Menschen vor finanzielle Probleme. Internationale Anstrengungen sind nötig, um die durch NCDs verursachte vorzeitige Sterblichkeit zu reduzieren, wie in den Zielen nachhaltiger Entwicklung anvisiert. Dabei sind die Aussichten

in mehrfacher Hinsicht lohnenswert: Zwischen NCD-Prävention und -Kontrolle und anderen Bereichen nachhaltiger Entwicklung bestehen Synergien.

Die BUKO Pharma-Kampagne trägt mit ihrer jährlichen Straßentheater-Tour das Thema mit Humor und Schärfe in die Öffentlichkeit. Mit ihrem selbstentwickelten und von ehrenamtlichen Laienschauspielenden aufgeführten Theaterstück tourte sie im September über Schulhöfe und öffentliche Plätze in Nord- und Westdeutschland. Das Stück basiert auf der Fachbroschüre „Nicht übertragbare Krankheiten – Die

stille Epidemie“, welche die Ergebnisse einer literatur- und interviewbasierten Analyse der Pharma-Kampagne zusammenfasst. Diese kann auf der Website der Pharma-Kampagne bestellt oder kostenlos heruntergeladen werden.

Info: BUKO Pharma-Kampagne (Gesundheit – global und gerecht e. V.), August-Bebel-Straße 62, 33602 Bielefeld, Tel. 0521 6055 0, [pharma-brief\[at\]bukopharma.de](mailto:pharma-brief[at]bukopharma.de), <https://bukopharma.de>

PUBLIKATIONEN

Neue Handreichung „Nachhaltigkeit systemisch gedacht. Suchbewegungen zur Professionalisierung von BNE in der Lehrkräfteausbildung“ veröffentlicht

Die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie Berlin hat in Kooperation mit der Hochschule für Nachhaltige Entwicklung Eberswalde die Handreichung „Nachhaltigkeit systemisch gedacht. Suchbewegungen zur Professionalisierung von BNE in der Lehrkräfteausbildung“ veröffentlicht, die jetzt zum Download zur Verfügung steht. Sie richtet sich an Seminarleitungen, Fachseminarleitungen (Lehrkräfteausbildende) sowie Lehrkräfte und Lehramtsanwärterinnen und Lehramtsanwärter, die sich auf die Herausforderungen des Bildungsalltags an allgemeinbildenden Schulen vorbereiten.

Die in dieser Handreichung dargestellten Ergebnisse einer Qualifizierungsreihe, die im Rahmen einer Länderinitiative Berlin-Brandenburg entstanden sind, zeigen das Potenzial der sozialökologischen Systemik, die zunehmende Komplexität und Dynamik von Nachhaltigkeitsherausforderungen in Bildungsprozessen verständlich zu machen.

Ausgehend von der Frage, wie menschliches Wohlergehen für alle – jetzt und zukünftig – ermöglicht werden kann, bietet die Handreichung einen systemischen Zugang, um Nachhaltigkeitsherausforderungen und entsprechende Lösungsansätze zu analysieren. Dabei handelt es sich um einen innovativen Ansatz der BNE, für den eine entsprechende Didaktik vorgeschlagen wird.

Die Handreichung kann auf dem Portal Globales Lernen heruntergeladen werden.

Zusätzlich wurden die Ergebnisse auch in der Fachzeitschrift Seminar publiziert und können unter folgendem Link heruntergeladen werden: <https://www.wbv.de/shop/58.-Seminarstag-BNE-in-der-Lehrkraefteausbildung-SEM2501>

Info: Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie, Bernhard-Weiß-Straße 6, 10178 Berlin-Mitte, Tel. 030 902275050, [post\[at\]senbjf.berlin.de](mailto:post[at]senbjf.berlin.de), www.berlin.de/sen/bjf/

AUS WELT, BUND UND LÄNDERN

WELT

Trauer um Ruth Weiss

Die Deutsche Afrika Stiftung trauert um Ruth Weiss, die im Jahr 2019 mit dem Ehrenpreis der Stiftung ausgezeichnet wurde. Mit ihr verliert die deutsch-afrikanische Zusammenarbeit eine außergewöhnliche Persönlichkeit, deren Lebenswerk und Engagement über Jahrzehnte hinweg Menschen in Afrika und in Europa geprägt haben.

Ruth Weiss, 1924 als Tochter jüdischer Eltern in Fürth geboren, musste 1936 mit ihrer Familie vor den Nationalsozialisten nach Südafrika fliehen. Dort erlebte sie erneut Diskriminierung und Ausgrenzung – diesmal durch das Apartheid-System. Diese Erfahrungen prägten ihren unerschütterlichen Einsatz für Gerechtigkeit, Frieden und Verständigung zwischen Menschen, Ländern, Kontinenten. Als Journalistin und Autorin wirkte sie in zahlreichen afrikanischen Ländern, darunter Südafrika, Simbabwe (damals Rhodesien) und Sambia. Neben ihrer Autobiographie veröffentlichte Ruth Weiss über 30 Bücher, darunter Romane, Kinderbücher sowie zahlreiche Sachbücher über das südliche Afrika.

Mit Ruth Weiss verlieren wir nicht nur eine aufrichtige Freundin Afrikas, sondern auch eine moralische Instanz, die uns stets daran erinnert hat, Verantwortung zu übernehmen und aus der Geschichte zu lernen“, erklärt Dr. Uschi Eid, Präsidentin der Deutschen Afrika Stiftung.

Info: Deutsche Afrika Stiftung e. V., Ziegelstraße 30, 10117 Berlin, Tel. 030 28094727, [info\[at\]deutsche-afrika-stiftung.de](mailto:info[at]deutsche-afrika-stiftung.de), www.deutsche-afrika-stiftung.de

Forschung: Genmanipulierte Mücken gegen Malaria

Im Rahmen des Projektes „Target Malaria“ wird in Uganda an der Ausrottung der Infektionskrankheit geforscht. Mit schätzungsweise 263 Millionen positiv getesteten Menschen pro Jahr ist sie die häufigste Infektionskrankheit der Welt. Im Rahmen der Agenda 2030 sollen die globalen Malariafälle um mindestens 90 Prozent reduziert werden. Die Krankheit wird durch den Stich der weiblichen, mit Parasiten befallenen Anopheles-Mücke übertragen. Mithilfe einer Genmanipulation soll im Forschungsvorhaben der Anteil der männlichen Larven im Vergleich zu den weiblichen gesteigert werden. So soll die Übertragung der Krankheit über mehrere Generationen hinweg unterbrochen werden.

An dem Forschungsvorhaben sind weltweit 200 Forscherinnen und Forscher beteiligt, unter anderem in den USA, Großbritannien, Italien und Burkina Faso. Nachdem die Genstränge der Mücken in den USA verändert wurden, könnten diese nun in Uganda in freier Wildbahn getestet werden. Zuvor wird jedoch untersucht, ob die Genmanipulation weitere, unerwünschte Effekte auslöst wie zum Beispiel eine bessere Übertragung anderer Krankheiten. Die Feldversuche sind aktuell in Planung und könnten bei Genehmigung in zwei bis drei Jahren beginnen.

Malaria ist eine der tödlichsten Krankheiten der Tropen. Durch den Klimawandel breitet sie sich zunehmend auch in Europa und Nordamerika aus.

Info: Deutsche Welle, Kurt-Schumacher-Straße 3, 53113 Bonn, Tel. 0228 4290, [info\[at\]dw.com](mailto:info[at]dw.com), www.dw.com/de/

BUND

Global Health Talk Day zu globaler Gesundheit in Krisengebieten

Am 10. Juli 2025 fand der Global Health Talk Day des gleichnamigen Hubs in Berlin statt. Mithilfe eines interaktiven Planspiels und einer anschließenden Paneldiskussion setzte sich die Veranstaltung mit der globalen Gesundheit in Konfliktgebieten auseinander.

Das Planspiel wurde in Zusammenarbeit mit der Abteilung für psychische Gesundheit und nichtübertragbare Krankheiten der WHO in Genf entwickelt. Die Teilnehmenden mussten in einer fiktiven Konfliktregion schwierige Entscheidungen zur Priorisierung von Ressourcen treffen.

In der Paneldiskussion unter der Moderation von Dr. Fahmy Hanna (WHO) gaben Dr. Franziska Laporte Uribe (Hub-Arbeitsgruppe), Dr. Hanna Kaade (Deutsches Rotes Kreuz) und Thorsten Schroer (CADUS) praktische Einblicke. Sie diskutierten außerdem Themen wie psychische Gesundheit, die Unterstützung lokaler Fachkräfte und die Perspektive junger Menschen. Bereits im Vorfeld hatte der Hub einen Policy Brief erarbeitet und veröffentlicht, der strategische Ansätze zur Verbesserung der globalen Gesundheit in Konfliktsituationen für Deutschland und die EU aufzeigt. Dafür wurden evidenzbasierte Erkenntnisse, Praxisbeispiele sowie Perspektiven von

Helfenden in Krisengebieten zusammengetragen und konkrete Handlungsempfehlungen erarbeitet.

Info: Global Health Hub Germany, Köthenerstraße 2-3, 10963 Berlin, Tel. 030 590 02 0210, [info\[at\]globalhealthhub.de](mailto:info[at]globalhealthhub.de), www.globalhealthhub.de

BADEN-WÜRTTEMBERG

Trauma, Bildung und Verantwortung: Wie ein Studiengang im Nordirak Hoffnung schafft

Wie kann akademische Bildung zur Stabilisierung von Nachkriegsgesellschaften beitragen? Das Institut für Psychotherapie und Psychotraumatologie (IPP) an der Universität Duhok in der Region Kurdistan-Irak liefert eine konkrete Antwort: Seit 2016 bildet es im Rahmen der Partnerschaft zwischen Baden-Württemberg und der Autonomen Region Kurdistan-Irak, mit Unterstützung der Landesregierung Baden-Württemberg, lokale Fachkräfte in Psychotherapie und Psychotraumatologie aus.

Der praxisnahe Masterstudiengang richtet sich an Absolventinnen und Absolventen aus verschiedenen ethnischen und religiösen Gruppen. Ziel ist es, evidenzbasierte psychische Gesundheitsversorgung aufzubauen, kultursensibel, nachhaltig und wissenschaftlich fundiert. Durch ein „Train-the-Trainer“-Modell übernehmen ehemalige Studierende inzwischen selbst Lehre und Supervision.

Das IPP steht exemplarisch für den Beitrag von Hochschulen zur Friedensarbeit: Es stärkt psychosoziale Versorgung, bekämpft Stigmatisierung psychischer Erkrankungen und fördert gesellschaftliche Resilienz. Universitäten werden so zu Akteuren humanitärer Entwicklung – dort, wo Wissenschaft Leben verändert.

Info: Staatsministerium Baden-Württemberg, Richard-Wagner-Straße 15, 70184 Stuttgart, Tel. 0711 215 30, [pressestelle\[at\]stm.bwl.de](mailto:pressestelle[at]stm.bwl.de), www.stm.baden-wuerttemberg.de

AKIs Beitrag zum Nachhaltigkeitsziel „Gesundheit und Wohlergehen“ (SDG 3)

In den ländlichen Regionen Burundis, wo 90 Prozent der Bevölkerung leben, wird zum Kochen fast ausschließlich mit Holz auf Drei-Steine-Öfen gearbeitet. Diese ineffiziente Methode schadet Gesundheit und Umwelt erheblich. In schlecht belüfteten Haushalten verursacht Rauch in Burundi erhebliche Gesundheitsprobleme – besonders für Frauen und Kinder. Häufige

Folgen sind Atemwegs- und Lungenkrankheiten, Augenreizungen und Brandrisiken. Laut WHO sterben weltweit Millionen Menschen jährlich an Luftverschmutzung in Innenräumen, vor allem in Ländern des Globalen Südens. AgrarKontakte International (AKI) e. V. fördert in Burundi den Bau raucharmer, energiesparender Öfen aus lokal verfügbaren Materialien wie Lehm und Backsteinen. Solche Öfen reduzieren den Holzverbrauch um bis zu 50 Prozent – mit spürbaren Vorteilen für Gesundheit, Sicherheit und Umwelt:

- bessere Luftqualität in Innenräumen – weniger Atemwegs-erkrankungen und Augenreizungen,
- geringeres Brandrisiko durch geschlossene Feuerführung,
- neue Einkommensmöglichkeiten durch Ofenbau und Wissens-vermittlung.

Durch den Bau raucharmer, energiesparender Öfen verbessert AKI die Gesundheit und Lebensqualität vieler Familien in Burundi – insbesondere von Frauen und Kindern. Dabei werden gleichzeitig Umweltschutz, Einkommen und lokale Kompetenzen langfristig gestärkt.

Info: AgrarKontakte International (AKI) e. V., Wollgrasweg 31, 70599 Stuttgart, Ansprechperson: Teklezghi Teklebrhan, Tel. 0172 3711303, t.teklebrhan@agrarkontakte.de, <https://agrarkontakte.de/>

BAYERN

Internationaler Pflegecampus in Bayern eingeweiht

Am 28. Juli wurde in Bayern der Internationale Pflegecampus Bad Windsheim eingeweiht – ein Vorzeigeprojekt für Integration, wie Bayerns Gesundheits- und Pflegeministerin sowie Schirmherrin Judith Gerlach betonte.

Der Pflegecampus bietet internationalen Pflegefachkräften eine Ausbildung in unmittelbarer Nähe zum Campus sowie Unterstützung bei der Integration und dem Spracherwerb. Dadurch entstehe ein Ort der interkulturellen Begegnung und des Austauschs, so Gerlach. Sie sei überzeugt, dass der Campus Fachkräfte aus dem In- und Ausland anziehen werde.

Die Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg begleitet das Projekt durch kontinuierliche wissenschaftliche Evaluationen, um es innovativ an praktische Bedürfnisse anpassen zu können. Das Projekt wird mit 135.000 Euro aus dem Bayerischen Baukasten Integrationsmanagement gefördert.

Info: Bayerische Staatskanzlei, Franz-Josef-Strauß-Ring 1, 80539 München, Tel. 089 21650, presse@stk.bayern.de, www.bayern.de

BERLIN

Der Globale Fonds: Schlüsselinstrument für Gesundheit und SDG 3

Im Herbst 2025 findet die 8. Wiederauffüllungskonferenz des Globalen Fonds zur Bekämpfung von Aids, Tuberkulose und Mala-

ria statt. Der Fonds ist das wichtigste multilaterale Finanzierungsinstrument gegen diese Krankheiten und investiert in lebensrettende Therapien, klimafeste Infrastruktur, Labore, digitale Plattformen und Lieferketten. Seit 2002 wurden über 65 Millionen Menschenleben gerettet, die Todesfälle um 63 Prozent gesenkt und Health- und Community-Systeme in über 100 Ländern gestärkt. Diese Investitionen machen ihn zu einem zentralen Baustein für globale Gerechtigkeit, gesundheitliche Chancengleichheit und nachhaltige Entwicklung. Trotzdem haben weltweit rund 23 Prozent der Menschen mit HIV noch keinen Zugang zu lebensrettenden HIV-Therapien.

Der Fortschritt ist gefährdet: In einer Zeit zunehmender geopolitischer Unsicherheiten und globaler Krisen braucht es ein starkes Signal der Solidarität. Laut dem Aktionsbündnis gegen Aids betrüge ein fairer deutscher Beitrag für 2027–2029 1,8 Milliarden Euro. Ein Beitrag unter 1,4 Milliarden Euro würde lebensrettende Programme gefährden.

Info: Aktionsbündnis gegen AIDS e. V., Rungestraße 19, 10179 Berlin, Ansprechperson: Johanna Fipp, Tel. 030 27909997, fipp@aktionsbueundnis-aids.de, www.aids-kampagne.de

BREMEN

Nachbericht Internationale Jugendkonferenz „Young Visions“ in Bremen

Am 27. August hat in Bremen die internationale Jugendkonferenz „Young Visions: Sustainability Exchange“ mit Teilnehmenden aus Deutschland, Namibia und Südafrika stattgefunden.

Die Veranstaltung gab den Teilnehmenden die Möglichkeit, sich in Kleingruppen kreativ mit einem SDG oder allen drei SDGs, 4, 13 oder 17, zu beschäftigen. Als Ergebnis entstanden eine Infografik, mehrere Theaterszenen, ein Video und die Idee für ein Gruppenspiel, bei dem die Zukunft vor der Klimakrise als Gruppe erreicht werden muss. Alle entwickelten Methoden können künftig in der Bildungsarbeit verwendet werden. Die Veranstaltung wurde als Kooperation der Senatskanzlei Bremen, des Bremer entwicklungspolitischen Netzwerks und des Sportgartens Bremen in Zusammenarbeit mit Bremens Partnerstädten Windhoek (Namibia) und Durban (Südafrika) organisiert.

Info: Senatskanzlei Freie Hansestadt Bremen, Am Markt 21, 28195 Bremen, Ansprechperson: Stephanie Klotz, Tel. 0421 36110135, stephanie.klotz@jsk.bremen.de, www.rathaus.bremen.de/nachhaltigkeit

HESSEN

Europaminister Manfred Pentz reist nach Korea

Der Minister für Internationales Manfred Pentz ist am 14. September zu einem mehrtägigen Arbeitsbesuch nach Südkorea gereist. Ziel war es, die politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit mit einem der führenden Innovationsstandorte Asiens zu intensivieren.

In den Gesprächen mit Politik und Unternehmen unterstrichen beide Seiten, ihre Zusammenarbeit nicht nur festigen, sondern auch deutlich erweitern zu wollen. Manfred Pentz sagte dazu: „In Hessen wollen wir die besten Investitionsbedingungen für koreanische Unternehmen schaffen – etwa eine ‚Fast Lane‘ für Fachkräfte, aber auch durch eine intensive Unterstützung von Investitionen in Forschung und Entwicklung. Wer in Europa wachsen will, findet in Hessen den richtigen Standort.“

Ein Schwerpunkt des Arbeitsbesuches lag auf den Begegnungen in der Provinz Chungnam. Das bereits im Oktober 2024 geschlossene Memorandum of Understanding ist dabei der Ausgangspunkt für eine dynamische Kooperation.

Die intensiven Gespräche unterstrichen deshalb nicht nur die enge Verbundenheit beider Partner, sondern setzten auch konkrete nächste Schritte auf die Agenda. „Dieser Arbeitsbesuch hat gezeigt, wie groß das Vertrauen und das Potenzial zwischen Hessen und Korea sind. Wir haben neue Kooperationen für Hessen gesucht und neue Freunde gefunden [...]“, so Manfred Pentz abschließend.

Info: Hessische Landesregierung, Georg-August-Zinn-Straße 1, 65183 Wiesbaden, Tel. 0611 320, [info\[at\]stk.hessen.de](mailto:info[at]stk.hessen.de), <https://hessen.de/presse/europaminister-manfred-pentz-reist-nach-korea>

MECKLENBURG-VORPOMMERN

Mecklenburg-Vorpommern arbeitet an eigenständigem Kinderschutzgesetz

Die Landesregierung Mecklenburg-Vorpommerns brachte am 16. Juli im Landtag einen Gesetzesentwurf für das erste eigenständige Kinderschutzgesetz des Landes ein. Mit dem Gesetz sollen passende Rahmenbedingungen und moderne Strukturen im Land geschaffen werden, um ein sicheres und gesundes Aufwachsen zu ermöglichen. Die Ministerin für Soziales, Integration und Gleichstellung, Stefanie Drese, führte an, dass sich der Kinderschutz zunehmend mehr Herausforderungen ausgesetzt sehe. So bleiben insbesondere die Fallzahlen der Verfahren zur Einschätzung einer Kindeswohlgefährdung in Mecklenburg-Vorpommern auf einem auch bundesweit hohen Niveau. „5.256 solcher Verfahren wurden allein im Jahr 2023 durchgeführt. In gut 40 Prozent der Fälle lag ein erzieherischer Hilfebedarf vor“, so Drese.

Geplant ist der Aufbau von fachübergreifenden Prozessen und Kooperationen, um Akteuren eine bessere Zusammenarbeit zu ermöglichen. Die zentrale Stelle Kinderschutz soll als interaktive Service- und Vermittlungsinstanz zur Verzahnung beitragen. Angesiedelt wird

dies beim Jugendamt, welches zurück in Landeshand überführt werden soll. Dadurch sollen alle Leistungen für die Jugendhilfeträger aus einer Hand erfolgen.

Info: Ministerium für Soziales, Gesundheit und Sport Mecklenburg-Vorpommern, Werderstraße 124, 19055 Schwerin, Tel. 0385 58 80, [poststelle\[at\]sm.mv-regierung.de](mailto:poststelle[at]sm.mv-regierung.de), www.regierung-mv.de/Landesregierung/sm

NIEDERSACHSEN

Förderung der demokratischen Beteiligung von Schülerinnen und Schülern in Schule und Gesellschaft

Über das Projekt „Förderung der demokratischen Beteiligung von Schülerinnen und Schülern in Schule und Gesellschaft“ können Projekte mit und von Schülerinnen und Schülern aller Schulformen in Niedersachsen gefördert werden. Das Projekt wurde initiiert vom Niedersächsischen Kultusministerium.

Gefördert werden können Maßnahmen zur Stärkung von Partizipation, Eigeninitiative, Demokratieverständnis und Selbstwirksamkeit. Außerdem förderfähig ist die Qualifizierung von Lehrkräften und pädagogischem Personal als Multiplizierende. Gesucht werden Projekte mit Modellcharakter oder großer Reichweite und langfristiger Wirkung. Dies kann auch Aktivitäten außerhalb der Schulzeit, wie etwa in den Ferien, betreffen. Die Fördermittel können durch anerkannte Einrichtungen im Bereich Politische Bildung und BNE, Einrichtungen der Erwachsenenbildung (nach NEBG), Freie Träger der Kinder- und Jugendhilfe und Fördervereine von Schulen in öffentlicher und freier Trägerschaft beantragt werden.

Die Antragsstellung ist bis zum 22. November möglich. Das Projektende liegt spätestens am 1. Oktober 2026. Förderfähig sind Personal-, Honorar-, Sach- und Übernachtungsausgaben von bis zu 10.000 Euro.

Info: Agentur für Erwachsenen- und Weiterbildung, Bödekerstraße 16, 30161 Hannover, Tel. 0511 300 33 03 30, [info\[at\]aewb-nds.de](mailto:info[at]aewb-nds.de), <https://www.aewb-nds.de/themen/dbs>

NORDRHEIN-WESTFALEN

Gerichtspartnerschaft mit Moldau und Besuch des Justizministers Limbach

NRW-Justizminister Dr. Benjamin Limbach besuchte am 1. und 2. September die Republik Moldau. Am zweiten Tag seines Besuches wurde eine Gerichtspartner-

schaft zwischen Nordrhein-Westfalen und Moldau geschlossen. Am 1. September traf Justizminister Limbach in Chişinău die Justizministerin der Republik Moldau, Veronica Mihailov-Moraru. Im Mittelpunkt des Gesprächs standen die laufenden Reformen des Justizwesens, die Stärkung unabhängiger Institutionen sowie die Unterstützung Moldaus auf dem Weg zur EU-Mitgliedschaft. Moldau habe in den vergangenen Jahren bedeutende Fortschritte beim Aufbau einer unabhängigen Justiz erzielt, so Dr. Limbach. Die Justiz in Nordrhein-Westfalen unterstütze diesen Prozess durch einen praxisorientierten Dialog und eine nachhaltige Partnerschaft beim Aufbau einer unabhängigen Verwaltungsgerichtsbarkeit in Moldau. Der Besuch des Justizministers ist Teil einer gemeinsamen Delegationsreise der nordrhein-westfälischen Justiz und der Deutschen Stiftung für internationale rechtliche Zusammenarbeit e. V. (IRZ), die im Auftrag des Bundes die Entwicklung des Rechtsstaats in der Republik Moldau mit Projekten begleitet.

Am 2. September unterzeichneten die Präsidentin des Verwaltungsgerichts Köln Birgit Herkelmann-Mrowka und der Interimspräsident des Appellationsgerichts Zentrum in Chişinău Ghenadie Mîra im Beisein des Justizministers Dr. Limbach in Chişinău die neue Gerichtspartnerschaft. Sie ist auf einen langfristigen Austausch angelegt und sieht einen regelmäßigen kollegialen Austausch zwischen beiden Gerichten auf dem Gebiet der Verwaltungsgerichtsbarkeit vor. Außerdem dient sie dazu, die praktische Umsetzung des neuen Verwaltungskodex der Republik Moldau zu fördern, der mit beratender Unterstützung der Deutschen Stiftung für internationale rechtliche Zusammenarbeit (IRZ e. V.) ausgearbeitet wurde und seit dem Jahr 2019 gilt. An der Aus- und Fortbildung von Verwaltungsrichterinnen und Verwaltungsrichtern in Moldau wirken im Rahmen eines IRZ-Projekts auch Richterinnen und Richter aus Nordrhein-Westfalen als Expertinnen und Experten mit.

Info: Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen, Horionplatz 1, 40213 Düsseldorf, Tel. 0211 83701, [presse\[at\]stk.nrw.de](mailto:presse[at]stk.nrw.de), <https://www.land.nrw/>

SAARLAND

Auszeichnung als Fairtrade-Bundesland am 7. November 2025

Am 7. November 2025 wird mit dem Saarland das erste der deutschen Länder als „Fairtrade-Bundesland“ ausgezeichnet. Die saarländische Landesregierung hatte am 2. Mai 2023 beschlossen, die notwendigen Schritte zur Zertifizierung einzuleiten. Am 20. Februar 2025 wurde die Bewerbung eingereicht.

Bereits heute leben über drei Viertel der Saarländerinnen und Saarländer in einer Fairtrade-Town oder einem Fairtrade-Landkreis. Mehr als 200 Geschäfte, 70 Cafés und 130 öffentliche Einrichtungen engagieren sich für den Fairen Handel. Ein Schwerpunkt der Bewerbung ist die politische Arbeit zum Fairen Handel, besonders in der Südpartnerschaft mit Benin. Dort wurde eine Lieferkette für faire Cashews eingerichtet, die unter anderem in saarländischen Weltläden erhältlich

sind. Schulen und Bildungseinrichtungen von der Kita bis zur Erwachsenenbildung tragen durch Sensibilisierungsmaßnahmen ebenfalls zur Förderung des Fairen Handels bei. Eine breit aufgestellte Steuerungsgruppe koordiniert die Maßnahmen des Landes gemeinsam mit der Landesregierung und wirkt als Multiplikator in die saarländische Gesellschaft hinein.

Saarbrücken als erste deutsche Fairtrade-Town und die Universität des Saarlandes als erste deutsche Fairtrade-University waren Vorreiter der Auszeichnung. Mit der Auszeichnung als erstes Fairtrade-Bundesland setzt das Saarland nun ein starkes Zeichen für eine gerechtere und nachhaltigere Zukunft.

Info: Ministerium für Bildung und Kultur des Saarlands, Trierer Straße 33, 66111 Saarbrücken, Tel: 0681 501-7565, [presse\[at\]bildung.saarland.de](mailto:presse[at]bildung.saarland.de), <https://www.saarland.de/DE/home>

„Genitalverstümmelung stoppen – Mädchen schützen!“

Weltweit sind über 200 Millionen Mädchen und Frauen von weiblicher Genitalverstümmelung (Female Genital Mutilation, FGM) betroffen. Alle 11 Sekunden wird ein Mädchen der grausamen Praxis unterzogen.

Bei dem Eingriff werden den Betroffenen die äußeren Genitalien meist ohne Betäubung von einer traditionellen Beschneiderin entfernt. Bei der schlimmsten Form wird die Wunde im Anschluss zugenäht. FGM stellt eine extreme Verletzung der Rechte von Frauen und Mädchen dar. Überlebende leiden oft unter Gesundheitsproblemen wie Schmerzen, Infektionen, Unfruchtbarkeit, Angstzuständen und Depressionen. Sie sind anfälliger für HIV-Infektionen und riskieren schwerwiegende Komplikationen bei der Geburt.

(I)NTACT e. V. kämpft seit 30 Jahren gegen die grausame Praxis – und das mit Erfolg, wie z. B. in Benin, Togo, Burkina Faso und Ghana. Um weitere Mädchen vor dieser Menschenrechtsverletzung zu schützen, arbeitet (I)NTACT vor Ort mit allen Beteiligten zusammen – den Mädchen selbst, Eltern, Gesundheits- und Lehrpersonal sowie auch mit den Beschneiderinnen und traditionellen sowie religiösen Autoritäten. Genitalverstümmelung könne nur durch Aufklärung und Zusammenarbeit nachhaltig beendet werden, so (I)NTACT e. V.

Info: (I)NTACT e. V. – Internationale Aktion gegen die Beschneidung von Mädchen und Frauen, Saargemünder Straße 95, 66119 Saarbrücken, Ansprechperson: Katharina Mbondobari-Hartleb, Tel. 0681 32400, [info\[at\]intact-ev.de](mailto:info[at]intact-ev.de), www.intact-ev.de

SACHSEN

Fachtag: „Globale (Schul-)Partnerschaften als Schlüssel für eine nachhaltige und gerechte Zukunft“

Am 6. November findet in Leipzig der Fachtag „Globale (Schul-)Partnerschaften als Schlüssel für eine nachhaltige und gerechte Zukunft“ statt. Er richtet sich an Lehrkräfte, Vereine und Initiativen aus Sachsen und Koordinierende von Nord-Süd-(Schul-)Partnerschaften sowie Interessierte.

Die Veranstaltung vereint neue Impulse, Workshops und Raum für Vernetzung. Zentrale Themen sind die Verankerung von BNE in internationalen Partnerschaften sowie die partnerschaftliche und nachhaltige Gestaltung von Nord-Süd-(Schul-)Partnerschaften. Im Rahmen einer Podiumsdiskussion wird der Frage nachgegangen, wie Nord-Süd-(Schul-)Partnerschaften zur Erreichung der 17 Nachhaltigkeitsziele beitragen können. Außerdem werden Fördermöglichkeiten durch das Entwicklungspolitische Schulaustauschprogramm (ENSA) und Engagement Global vorgestellt.

Organisiert wird der diesjährige Fachtag von der Sachsen-Uganda-Partnerschaft, angesiedelt beim Entwicklungspolitischen Netzwerk Sachsen e.V., in Kooperation mit ENSA.

Info: Entwicklungspolitisches Netzwerk Sachsen e.V., Kreuzstraße 7, 01067 Dresden, Tel. 043 837864, [kontakt\[at\]einewelt-sachsen.de](mailto:kontakt[at]einewelt-sachsen.de), <https://www.einewelt-sachsen.de/event/save-the-date-fachtag-globale-schul-partnerschaften-als-schluesel-fuer-eine-nachhaltige-und-gerechte-zukunft/>



IMPRESSUM

HERAUSGEGEBEN VON

World University Service (WUS), Deutsches Komitee e.V.
Informationsstelle Bildungsauftrag Nord-Süd
Goebenstraße 35, 65195 Wiesbaden
Tel. 0611 9446170, Fax 0611 446489
[redaktion-rundbrief\[at\]wusgermany.de](mailto:redaktion-rundbrief[at]wusgermany.de)
www.wusgermany.de

REDAKTION

Dr. Kambiz Ghawami (V. i. S. d. P.),
Bastian Ivens, Sandra Wenzel, Tim Hafner

GESTALTUNGSKONZEPT & ILLUSTRATION

Haike Boller (verantwortlich),
ansicht Kommunikationsagentur, www.ansicht.com

ABONNEMENT

Der Rundbrief erscheint 4 x pro Jahr. Er ist kostenfrei.
Bestellung per E-Mail an [redaktion-rundbrief\[at\]wusgermany.de](mailto:redaktion-rundbrief[at]wusgermany.de) oder Tel. 0611 9446170.

NACHDRUCK

Unter Quellenangabe erwünscht. Um Zusendung von Belegexemplaren wird gebeten. Hinweise und Rezensionsexemplare sind erwünscht. ISSN 1430-5488

GEFÖRDERT DURCH

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), die Länder Baden-Württemberg, Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Schleswig-Holstein und Thüringen.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier, ausgezeichnet mit dem Umweltzeichen Blauer Engel, Bezug frei.

Für den Inhalt der Beiträge ist allein der WUS verantwortlich.
Die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt der Zuschussgeber des WUS wieder.

Jahresthema 2025:

SDG 16 – Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen

Die Informationsstelle Bildungsauftrag Nord-Süd stellt mit ihrem Jahresthema 2025 „Ohne Bildung kein Frieden – Bildung als Schlüssel für eine gerechte Zukunft“ Projekte der deutschen Länder, des Bundes und der Zivilgesellschaft vor, die sich dem Nachhaltigkeitsziel 16 „Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen“ widmen.

Wir freuen uns über die Zusendung von Ankündigungen, Berichten und weiteren Meldungen an [infostelle\[at\]wusgermany.de](mailto:infostelle[at]wusgermany.de), www.informationsstelle-nord-sued.de

EINE-WELT-VERANSTALTUNGSKALENDER

Der bundesweite Eine-Welt-Veranstaltungskalender informiert über Tagungen, Seminare, Workshops, Ausstellungen und Weiterbildungen für Lehrkräfte sowie Multiplikatorinnen und Multiplikatoren im Bereich der entwicklungspolitischen Informations- und Bildungsarbeit. Senden Sie Ihre Veranstaltungen an [infostelle\[at\]wusgermany.de](mailto:infostelle[at]wusgermany.de).
www.eine-welt-veranstaltungskalender.de